

19.11.2013

Antrag

der Fraktion der PIRATEN

Forderung nach dem Beitritt der Bundesrepublik Deutschlands zur internationalen Initiative Open Government Partnership

Vorbemerkung

Dieser Antrag beruht auf der Forderung einer internationalen Initiative. Die Piraten bekennen sich als Unterstützer dieser Forderung und bringen sie in den parlamentarischen Betrieb in NRW ein.

I. Ausgangslage

Der Arbeitskreis Open Government Partnership Deutschland ist ein offener Zusammenschluss von zivilgesellschaftlichen Organisationen und interessierten Einzelpersonen. In ihm vereinigen sich Experten zu allen wichtigen Themen von Open Government. Die Mitglieder des Arbeitskreises verbindet die gemeinsame Überzeugung, dass eine Teilnahme der Bundesrepublik Deutschland an der internationalen Initiative „Open Government Partnership“ langfristig einen Kulturwandel zu mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung und damit einen Abbau von Politikverdrossenheit zur Folge haben wird.

Der Arbeitskreis setzt sich aus Mitgliedern folgender Organisationen zusammen: Government 2.0 Netzwerk Deutschland e.V., Internet & Gesellschaft Collaboratory e.V., Gesellschaft für Informatik e.V., Open Knowledge Foundation Deutschland e.V., Open Data Network e.V., Bertelsmann Stiftung, Stiftung Mitarbeit, Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, Initiative E-Demokratie.org.

Die Bundesrepublik Deutschland soll sich in der internationalen Initiative „Open Government Partnership“ zur Konkretisierung eines offenen Regierungs- und Verwaltungshandelns engagieren. Das fordert der Arbeitskreis für einen Beitritt Deutschlands zur Open Government Partnership und überreichte der Bundesregierung ein Umsetzungskonzept für die neue Legislaturperiode.

Datum des Originals: 19.11.2013/Ausgegeben: 19.11.2013

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

An der internationalen Open Government Partnership beteiligen sich bereits über 60 Staaten weltweit, darunter die USA, Brasilien, Schweden, Großbritannien und Mexiko. Mit einer Beteiligung könnten auch in Deutschland Transparenz, Rechenschaftslegung, Bürgerbeteiligung und Korruptionsbekämpfung nachhaltig gestärkt werden, so die Initiative. Das gemeinsame Umsetzungskonzept umfasst Vorschläge für geeignete Rahmenbedingungen, einen Handlungsleitfaden für die Teilnahme sowie Anregungen zur Finanzierung und zum Aufbau eines Projektbüros.

Die Teilnahme Deutschlands an der Open Government Partnership war auch einer der Vorschläge, die im Rahmen des Zukunftsdialogs der Bundeskanzlerin 2011/2012 diskutiert wurden. Die offizielle Übergabe des Umsetzungskonzepts an das Team des Zukunftsdialogs im Bundeskanzleramt erfolgte im Rahmen einer Veranstaltung zu offener gesellschaftlicher Innovation am 09. Oktober 2013 an der Zeppelin Universität in Friedrichshafen. Zudem wird es elektronisch an alle netzpolitischen Sprecher der Fraktionen im Bundestag geschickt.

II. Der Landtag beschließt:

1. Die Landesregierung wird beauftragt eine Bundesratsinitiative zu starten, die den Beitritt der Bundesrepublik Deutschlands zu der internationalen Initiative Open Government Partnership zur Folge hat.
2. Die Landesregierung fördert die Aktivitäten der Open Government Partnership hier in Nordrhein Westfalen.

Dr. Joachim Paul
Monika Pieper
Michele Marsching
Frank Herrmann
Marc Olejak

und Fraktion